

BERICHTSVORLAGE

602 - Umwelt			Datum: 07.05.2002	
Bearb.	:Herr Brüning	Tel.:	öffentlich	nicht öffentlich
AZ.	:		X	

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Umweltschutz

15.05.2002

Konsolidierung Aufgaben Amt 15 hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Weinhold aus der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz am 20.02.2002

Zur gewünschten "Verfeinerung der Angaben in der Vorlage M 02/0093" werden die von Herrn Dr. Weinhold gestellten Anfragen wie folgt beantwortet:

1. Die freiwilligen Leistungen des Fachbereichs Umwelt beruhen allesamt auf politischen Beschlüssen, insbesondere auf solchen des Umweltausschusses und der Stadtvertretung. Die Wichtigkeit und Priorität dieser freiwilligen Leistungen ist damit in erster Linie eine politische Aussage und Wertung.

Im Hinblick auf die absehbare Verknappung der Haushaltsmittel wurde im Umweltamt / Fachbereich Umwelt in den letzten Jahren auch ohne einen ausdrücklichen politischen Auftrag nach Möglichkeiten der Einsparung gesucht. Hierbei wurden die sich bietenden Möglichkeiten kontinuierlich genutzt: Durch eine Optimierung der Aufgabenwahrnehmung (z.B. im Bereich der Gewässeruntersuchungen) und Verschiebungen im Aufgabenumfang (z.B. im Bereich der Grundwasserbeobachtung) konnten zahlreiche Einsparungen auch realisiert werden. Das ist vor dem Hintergrund wachsender Pflichtaufgaben (z.B. durch die Novelle des UVPG oder dem Informationsfreiheitsgesetz) und zusätzlicher freiwilliger Leistungen (z.B. die Internet-Präsenz der Stadt) zu sehen. Im Ergebnis sind mittlerweile 6 der 13 Stellen des Fachbereichs Umwelt mit Teilzeitkräften besetzt. Damit ist das fachlich vertretbare Maß an Einsparungen im Hinblick auf die übertragenen Aufgaben inzwischen erreicht. Jede weitere Reduzierung wäre mit einer spürbaren Einbuße bei der Qualität der Aufgabenwahrnehmung verbunden.

Weitere Einsparungen sind im Bereich der freiwilligen Leistungen zweifellos möglich. Auf dem jetzigen Niveau stellt sich dann jedoch die Frage nach der Erfüllung der Aufgabe insgesamt. Inhaltlich hat sich noch keine der übertragenen Aufgaben erledigt, weshalb erneut ein politischer Beschluss nötig würde, eine oder mehrere Aufgaben künftig nicht mehr weiter zu verfolgen.

2. In der gestellten Form kann die Anfrage nicht beantwortet werden, da hiermit ein Personenbezug gegeben ist, der im Widerspruch zu den Schutzbestimmungen des Datenschutzes steht.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen zur Frage 1 kann aber eine anonymisierte Übersicht gegeben werden, die sich an den von den politischen Gremien verabschiedeten Produkten orientiert (die prozentualen Stellenanteile beziehen sich auf die individuell vereinbarte Arbeitszeit, die Summe der Stellen ist der Vergleichbarkeit halber in vollen Stellen ausgedrückt, bei Angestellten also im Umfang von z.Zt. 38,5 Wochenstunden):

Produkt	Aufgabe	Mitarbeiter/-innen	Stellen
Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)
			Dezernent/in

Öffentlichkeitsarbeit (Produkt 07.01.01)	Freiwillig	6 Personen mit Stellenanteilen von 5 – 40%	1,16
Individuelle Umweltberatung, Umweltbeschwerden, “UVP” für Beschaffungen (Produkt 07.01.02)	Überwiegend freiwillig, mit erheblichen Pflichtanteilen	11 Personen mit Stellenanteilen von 3 – 60%	1,75
UVP für Planungen und Vorhaben (Produkt 07.01.03)	Pflicht	3 Personen mit Stellenanteilen von 5 – 60%	0,89
Bereitstellung von Umweltdaten - Umweltdatenbank (Produkt 07.01.04)	Überwiegend Pflicht, mit geringen freiwilligen Anteilen	2 Personen mit Stellenanteilen von 25 - 35%	0,39
Klimaschutz (Produkt 07.01.05)	Überwiegend freiwillig, mit geringen Pflichtanteilen	2 Personen mit Stellenanteilen von jeweils 70%	1,05
Schutz vor alllastenbedingten Gefahren (Produkt 07.01.06)	Pflicht	3 Personen mit Stellenanteilen von 6 – 62%	0,44
Grundwasserbeobachtung (Produkt 07.01.07)	Überwiegend freiwillig, mit einigen Pflichtanteilen	2 Personen mit Stellenanteilen von 10 - 65%	0,70
Gewässeruntersuchungen (Produkt 07.01.08)	Teils Pflicht, teils freiwillig	2 Personen mit Stellenanteilen von 60 - 78%	1,21
(AGENDA 21)	Freiwillig	2 Personen mit Stellenanteilen von 20 - 90%	0,90
(Verwaltung + Fachbereichsleitung)		4 Personen mit Stellenanteilen von 10 - 100%	2,58

3. Anhand der vorstehenden Tabelle wird ersichtlich, dass die Beantwortung der Frage erhebliche Probleme aufwirft.

Der Anteil von Sachmitteln für ein einzelnes Produkt lässt sich aus dem Haushaltsplan noch relativ einfach ersehen. Die größten Positionen sind entweder hoch rentierlich (90.000 € für den Klimaschutz) oder Pflichtaufgaben zuzuordnen (89.700 € für diverse Untersuchungen, 61.000 € für Lärminderungsplanung) oder wären bei einer Fremdvergabe voraussichtlich sogar noch aufzustocken (24.000 € Untersuchung und Beratung). Nennenswerte Beträge bleiben dann lediglich für die Summe aller Positionen zur Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz (28.000 €) und bei der Öffentlichkeitsarbeit AGENDA 21 (35.000 €). Gegenstand dieser Öffentlichkeitsarbeit ist zu einem erheblichen Teil die Gewinnung eines Zusatznutzens aus den vorhandenen Kenntnissen.

Zusätzliche Einsparmöglichkeiten bei den Personalkosten sind allenfalls bei der AGENDA 21 planbar, vorausgesetzt die Stadt verzichtet in Zukunft auf die Wahrnehmung dieser Aufgabe. Ansonsten erscheinen die angefragten Dimensionen weder kurz- noch mittelfristig erreichbar zu sein.

Anlage(n)

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------